

Niederschrift HFA/VII/17

Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Rosendahl am 11.10.2007 im Sitzungszimmer des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, 48720 Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Ausschussvorsitzende

Niehues, Franz-Josef Bürgermeister

Die Ausschussmitglieder

Branse, Martin

Fliß, Thomas

Haßler, Christa

Kuhl, Horst

Löchtefeld, Klaus

Neumann, Michael

Reints, Hermann

Söller, Hubert

Steindorf, Ralf

ab TOP 6.2 ö.S.

Von der Verwaltung

Gottheil, Erich

Fuchs, Maria

Allgemeiner Vertreter

Schriftführerin

Es fehlten entschuldigt:

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

21:30 Uhr

Tagesordnung

Bürgermeister Niehues begrüßte die Ausschussmitglieder sowie Herrn Mensing als Zuhörer.

Er stellte fest, dass mit Einladung vom 2. Oktober 2007 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die abschließende Erledigung des in öffentlicher Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses gefassten Beschlusses über die Teilnahme am Programm Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“. Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

2 Erlass einer Satzung über die Änderung und Aufhebung der Zweckbindung von Interessentengrundstücken im Ortsteil Darfeld der Gemeinde Rosendahl gem. § 2 Satz 2 des Gesetzes über die durch ein Auseinandersetzungsverfahren begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten Vorlage: VII/557

Ausschussmitglied Fliß erklärte sich für befangen und nahm an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil!

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Auf entsprechende Nachfrage von Ausschussmitglied Neumann teilte Allgemeiner Vertreter Gottheil mit, dass in § 1 der Satzung über die Änderung und Aufhebung der Zweckbindung von Interessentengrundstücken im Ortsteil Darfeld versehentlich die Teilfläche mit einer Größe von ca. 389 qm angegeben worden sei. Die Größe des Teilstückes belaufe sich tatsächlich auf ca. 277 qm. Da die Vermessung und Fortschreibung im Kataster inzwischen durchgeführt worden sei, werde er bis zur Ratssitzung eine neue Vorlage erstellen, der dann ein korrigierter Satzungsentwurf beigelegt werde.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasste abschließend folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Der Erlass der „**Satzung über die Änderung und Aufhebung der Zweckbindung von Interessentengrundstücken im Ortsteil Darfeld der Gemeinde Rosendahl**“ wird auf der Grundlage des in der Sitzungsvorlage VII/557 als **Anlage III** beigelegten und noch zu korrigierenden Satzungsentwurfes beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

(Ausschussmitglied Fliß nahm an der Abstimmung nicht teil).

3 Verschmelzung des Aktion Münsterland e.V. und des MÜNSTERLAND

**TOURISTIK Grünes Band e.V. zum Verein Münsterland Marketing e.V.
Vorlage: VII/568**

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Frau Haßler erkundigte sich danach, wer die Inhalte der Sitzungsvorlage zur Dachmarke Münsterland verfasst habe, da diese nach ihrer Meinung teilweise etwas überzogen und hochtrabend klingen würden.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass die wesentlichen Inhalte der Sitzungsvorlage aus dem neuen Marketingkonzept für das Münsterland übernommen worden seien. Dieses sei auf einer Mitgliederversammlung der Aktion Münsterland in Ahlen vorgestellt worden. Auch in dieser Mitgliederversammlung habe das Konzept zu kontroversen Diskussionen geführt.

Allgemeiner Vertreter Gottheil ergänzte, dass eine Mustersitzungsvorlage zur Verfügung gestellt worden sei. Diese habe er übernommen und mit zusätzlichen Zahlen angereichert.

CDU-Fraktionsvorsitzender Steindorf fragte bezugnehmend auf Seite 2 Abs. 3 der Sitzungsvorlage, wer die Vertreter aus Wirtschaft, Wirtschaftsförderung, Wissenschaft, Marketing, Kultur und Tourismus ausgewählt habe. Darüber hinaus wolle er gerne wissen, was die Aktion Münsterland e.V. und die Münsterland Touristik Grünes Band e.V. bisher konkret für Rosendahl gemacht hätten und was sie in Zukunft machen würden.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass die Aktion Münsterland e.V. speziell für Rosendahl nichts unternehme. Die Münsterland Touristik mache Werbung, jedoch nicht speziell für Rosendahl. Es handele sich hier um überregionale Werbung, wobei nur noch Themen vermarktet würden (Reittourismus, Radtourismus etc.). Sofern Rosendahl in den Katalogen mit Anzeigen bzw. Angeboten vertreten sei, müsse dies zusätzlich bezahlt werden.

Aktionen für Rosendahl sowie Werbung für Rosendahl liefen über die TAG Baumberge. Die TAG habe nichts mit der Verschmelzung zu tun, sie laufe unabhängig davon weiter.

Zur Auswahl der Vertreter könne er nichts sagen, sich aber erkundigen, wer die Vertreter gewesen seien, die in einem Strategie-Workshop das Markenprofil entwickelt hätten.

Fraktionsvorsitzender Steindorf teilte mit, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht folgen werde. Die CDU-Fraktion wolle die Verschmelzung – verbunden mit einer unmittelbaren Mitgliedschaft der Gemeinde Rosendahl – nicht. Es sei dabei auch unerheblich, dass der Kreis die Kosten übernehme, sofern die Gemeinde Rosendahl nicht Mitglied werde. Der Haushaltsansatz solle gestrichen werden.

SPD-Fraktionsvorsitzender Branse wies darauf hin, dass aus momentan zwei eingetragenen Vereinen zukünftig ein eingetragener Verein werden solle. Sollte die Gemeinde Rosendahl nicht Mitglied werden, so übernehme der Kreis den Beitrag. Anschließend zahle die Gemeinde Rosendahl wieder über die Kreisumlage.

Er fragte nach, ob die Mitgliedschaft mit der Verschmelzung erloschen sei oder ob der Folgeverein die Rechten und Pflichten übernehme, so dass die Gemeinde Rosendahl weiter Mitglied bleibe.

Ausschussmitglied Steindorf teilte mit, dass die CDU-Fraktion aus den Vereinen austreten wolle, sofern die Mitgliedschaft mit der Verschmelzung nicht erloschen sei.

Zur Frage der Beendigung der Mitgliedschaft werde er sich noch genau erkundigen, so Bürgermeister Niehues. Eine eventuelle Kündigung der derzeitigen Mitgliedschaft hätte zum 30. September erfolgen müssen.

Er werde den Beschluss, dem neuen Verein nicht beizutreten, umsetzen und somit den Beitrag nicht zahlen.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Fliß teilte Bürgermeister Niehues mit, dass die geplante Verschmelzung bei einer Bürgermeisterkonferenz besprochen worden sei. Auch hier sei die Verschmelzung teilweise auf Skepsis gestoßen und der vorgesehenen Beitragsregelung Kritik entgegengebracht worden. Dennoch habe man sich darauf verständigt, dass allen Räten vorgeschlagen werde, der Verschmelzung der beiden Vereine zuzustimmen und auch Mitglied im neuen Verein zu werden.

Fraktionsvorsitzender Steindorf wies darauf hin, dass er den heutigen Beschluss den anderen CDU-Fraktionsvorsitzenden der Baumberge-Gemeinden zur Kenntnis geben und diesen empfehlen werde, auch so zu beschließen.

Die Ausschussmitglieder Söller und Kuhl regten an, den Haushaltsansatz für die TAG aufzustocken, da hier das Geld sinnvoller verwendet werde.

Ausschussmitglied Neumann wies darauf hin, dass beim Stimmrecht die Quotenregelung gelte, hier würden die kleinen Kommunen übervorteilt.

Fraktionsvorsitzender Branse bat um Prüfung, ob für den Fall der Fusion der Vereine die Mitgliedschaft der Gemeinde automatisch ende.

Ausschussmitglied Haßler wies darauf hin, dass nach der neuen Satzung die Mitgliedschaft auf jeden Fall ende, wenn man zwei Jahre mit der Zahlung des Mitgliedsbeitrages in Verzug sei.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasste abschließend folgenden modifizierten **Beschlussvorschlag für den Rat:**

1. Der Gründung des Vereins Münsterland Marketing e.V. durch Verschmelzung des Aktion Münsterland e.V. und des MÜNSTERLAND TOURISTIK Grünes Band e.V. wird zugestimmt.
2. Den vorliegenden Entwürfen des Verschmelzungsvertrages, der Satzung und der Beitragsordnung des Münsterland Marketing e.V. wird ebenfalls zugestimmt.
3. Die Gemeinde Rosendahl wird **nicht** Mitglied in dem durch Verschmelzungsvertrag entstehenden Verein Münsterland Marketing e.V..
4. Soweit ein Austritt aus den bestehenden Vereinen rechtlich erforderlich ist, wird dieser hiermit erklärt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Vorlage: VII/573

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Seitens der Fraktionen wurde Zustimmung signalisiert.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasste abschließend folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

1. Die Gemeinde Rosendahl beteiligt sich an der gemeinsamen Bewerbung des westlichen Münsterlandes um die REGIONALE 2013 oder 2016 unter dem Motto „**ZukunftsLAND - die REGIONALE im Münsterland**“.
2. Die regionale Strategie mit den Handlungsfeldern
 - Wissen – Wirtschaften – Gestalten
 - Bilder – Produkte – Reisen
 - Heimat – Landschaft – Freizeitwird beschlossen.
3. Im Falle der Ausrichtung der REGIONALE 2013 oder 2016 werden geeignete Projekte im Sinne modellhafter Lösungen für die Entwicklung des ZukunftsLANDs im Wege regionaler Projekt-Wettbewerbe ermittelt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5 Mitteilungen

5.1 Anfrage des Ratsmitgliedes Branse aus der Ratssitzung am 20. Juni 2007 auf Mitteilung der Kosten nicht mehr genutzter Gebäude

Bürgermeister Niehues verwies auf eine noch nicht erledigte schriftliche Anfrage von Ratsmitglied Branse, die der Niederschrift der Ratssitzung vom 20. Juni 2007 als Anlage beigefügt worden war. In dieser Anfrage habe Ratsmitglied Branse nach den Kosten nicht mehr genutzter Gebäude im Eigentum der Gemeinde Rosendahl gefragt.

Er teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass zur Beantwortung dieser Anfrage die gewünschten Angaben aus dem Anlageverzeichnis der NKF-Buchführung und der im Aufbau befindlichen Kosten – und Leistungsrechnung zusammengetragen worden seien und ließ den Fraktionsvorsitzenden die entsprechenden Unterlagen aushändigen.

Ergänzend wies Allgemeiner Vertreter Gottheil darauf hin, dass für die Vikarie an der Hauptstraße 13 öffentliche Mittel bereitgestellt worden seien.

6 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO

6.1 Erhebung einer Leistungsklage gegen den ehemaligen Bürgermeister Meyer-ing - Ausschussmitglied Söller

Ausschussmitglied Söller fragte bezugnehmend auf TOP 2 der Ratssitzung vom 17. September 2007 an,

- a) wann die Verjährungsfrist tatsächlich eintrete,
- b) wann die Klageschrift eingereicht worden sei und
- c) ob diese den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden könne.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass der Eintritt der Verjährungsfrist nicht auf den Tag genau beziffert werden könne. Es könne jedoch von Ratssitzung im November 2004 ausgegangen werden, als der Rat über die Angelegenheit informiert wurde. Die Klageschrift sei vor dem 1. Oktober 2007 eingereicht worden und werde allen Ratsmitgliedern mit der Einladung zur Ratssitzung am 25. Oktober 2007 zur Verfügung gestellt.

6.2 Einspruch gegen die Protokollierung zu TOP 2 der Niederschrift des Rates vom 17. September 2007 - Ausschussmitglied Neumann

Ausschussmitglied Neumann verlas einen Einspruch gegen die Niederschrift vom 17. September 2007, der dieser Niederschrift als **Anlage I** beigefügt ist.

Ausschussmitglied Neumann unterstrich, dass es sich bei der Unterstellung der CDU-Fraktion um eine eindeutige Verleumdung handele, dies lasse sich die WIR-Fraktion so nicht gefallen.

Fraktionsvorsitzender Steindorf schlug Ausschussmitglied Neumann vor, die Angelegenheit durch Juristen klären zu lassen.

Ausschussmitglied Branse wies darauf hin, dass wesentlicher Inhalt eines Protokolls der Beschluss sowie das Abstimmungsergebnis sei. Die Verlaufswiedergabe sei Sache der Protokollführerin.

Fraktionsvorsitzender Steindorf wiederholte die von ihm in der Ratssitzung abgegebene Erklärung, dass im Vorfeld der Ratssitzung vom 17. September 2007 von Seiten der WIR-Fraktion CDU-Ratsmitglieder darauf hingewiesen wurden, dass sie ebenfalls ggf. mit ihrem eigenen Vermögen haften müssten, wenn sie der Erhebung einer Leistungsklage nicht zustimmen würden. Er empfinde diese Vorgehensweise im Vorfeld einer Ratsentscheidung als Nötigung.

Ausschussmitglied Neumann dementierte, dass Mitglieder der WIR-Fraktion in dieser Angelegenheit mit CDU-Ratsmitgliedern in Kontakt gestanden hätten. Er wies den Vorwurf der Nötigung aufs Schärfste zurück.

Ausschussmitglied Reints appellierte an die Ausschussmitglieder, zukünftig sachlicher miteinander zu diskutieren. Diesem Appell schloss sich ein Großteil der Ausschussmitglieder an.

7 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO

Fragen von Einwohnern wurden nicht gestellt.

Franz-Josef Niehues
Ausschussvorsitzende/r

Maria Fuchs
Schriftführer/in